

Prominente LINKE für Parteiausschluss von Sarah Wagenknecht

9. Oktober: Antrag soll in NRW gestellt werden

Seit vielen Monaten erklärt Sarah Wagenknecht, derzeit noch Bundestagsabgeordnete der LINKEN, eine neue Partei gründen zu wollen. Mit kaum einer anderen Debatte wird DIE LINKE deshalb noch wahrgenommen. Immer wieder geht es in der Öffentlichkeit nur um die Frage: Wann tut sie es?

Zuvor gab es jahrelange Versuche, mit Sarah Wagenknecht Kompromisse zu schließen zu politischer Ausrichtung und der Form der Popularisierung. Sie brach mehrfach öffentlich mit Positionen der LINKEN. Sebastian Walter, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg, erklärte dazu am Rande einer Pressekonferenz am 10. Oktober: „Ich habe mich jahrelang um Kompromisse mit Sarah Wagenknecht bemüht. Ich war immer der Ansicht, dass wir grundsätzlich gleiche Ziele verfolgen und es deshalb doch möglich sein muss, einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Aber“, so bemüht Walter ein Bild: „Es ist, als wenn man mit einer Taube Schach spielen möchte: Sie rennt dann doch über das Brett und wirft alle Figuren um. Es wäre besser, wenn sie jetzt einfach gehen würde.“

Zahlreiche prominente Mitglieder der LINKEN sehen Wagenknechts Verhalten inzwischen als Gefährdung der eigenen Partei. Sie gaben am 9. Oktober bekannt, einen Antrag auf ihren Parteiausschluss zu stellen. Einer Pressemitteilung zufolge reichten sie einen entsprechenden Antrag bei der Landesschiedskommission des nordrhein-westfälischen Landesverbandes ein.

Die Antragsteller begründen ihr Vorgehen mit Wagenknechts Plänen für eine eventuelle Parteienneugründung. Einen Verein zur Vorbereitung der Gründung einer

neuen Partei gebe es offenbar bereits. Damit verstoße die 54-Jährige erheblich gegen die Ordnung der Partei und füge ihr schweren Schaden zu, werden die Antragsteller zitiert. Unter den insgesamt 58 Antragsteller:innen sind Mitglieder von Landtagen und Landesvorständen, Kommunalpolitiker sowie Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Eine Partei, die von ihrer eigenen prominenten Abgeordneten permanent Widerspruch ernten würde, biete kein klares Profil, wirke zerstritten und unattraktiv, teilten Sofia Leonidakis, Fraktionschefin der LINKEN in Bremen, und Elif Eralp, Mitglied des Fraktionsvorstandes im Berliner Abgeordnetenhaus, im Namen der Unterzeichnenden mit. „Wir unterstreichen deshalb den Beschluss des Parteivorstandes vom 10. Juni 2023, dass die Zukunft der LINKEN eine Zukunft ohne Sarah Wagenknecht ist“, schreiben sie. Daher werde nun der formelle Weg für einen Parteiausschluss beschritten.

„Mit unserem Antrag möchten wir unsere Partei vor weiterem Schaden schützen“, hieß es auch unter Bezug auf die jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Bayern, bei denen DIE LINKE am Sonntag jeweils an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Von vielen Mitgliedern wird der Streit mit Sarah Wagenknecht als Grund für schlechte Wahlergebnisse gesehen.

Seitdem Sarah Wagenknecht öffentlich immer wieder über die Gründung einer eigenen Partei spekuliert, wurde sie aufgefordert, ihr Bundestagsmandat zurück zu geben. Schließlich würde sie somit durch die finanzielle Unterstützung der LINKEN eine neue Konkurrenz-Partei gründen. Dies hat Wagenknecht bisher abgelehnt. **bc**

Landtagswahl 2024: Sebastian Walter kandidiert in Eberswalde

DIE LINKE wählt ihn am 7. Oktober

Am 7. Oktober wählte DIE LINKE in Eberswalde ihren Direktkandidaten für die Landtagswahl am 22. September 2024. Gewählt wurde ohne Gegenstimme Sebastian Walter. Er ist seit 2019 Landtagsabgeordneter und Fraktionschef der LINKEN. Der 33-jährige ist seit fast 20 Jahren politisch aktiv, stu-

dierte Lehramt und war aktiver Gewerkschafter. Derzeit ist er für die Fraktion der LINKEN Sprecher für Wirtschafts- und Energiepolitik. „DIE LINKE wird gebraucht, weil sie aktiv für soziale Gerechtigkeit eintritt und eine Friedenspartei nötig ist“, erklärte Sebastian Walter, seine Motivation für die Landtagskandidatur.



„Wer soll die Kosten der Krise zahlen?“, fragt der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Viktor Perli, auf Instagram. „Nur in Deutschland plant die Regierung zusätzliche Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger. Andere Länder machen vor, wie es gerechter geht: Mit Übergewinnsteuer für Kriegsprofiteure und große Konzerne, die in der Krise einen Reibach gemacht haben und mit einem Gaspreisdeckel.“

Die Ampelkoalition in Berlin dagegen wälze mit einer Gasumlage die Kosten auf die kleinen Leute ab und belaste sie noch stärker, so Perli. „Das ist der völlig falsche Weg! Viele Menschen haben bereits jetzt schlaflose Nächte, weil sie Angst vor ihrer Strom- und Gasrechnung haben. Scholz, Habeck und Lindner müssen schnellstmöglich wirksame Entlastungen auf den Weg bringen, um die Verarmung zu stoppen. Dazu gehören ein Gaspreisdeckel und eine Übergewinnsteuer“, so der Bundestagsabgeordnete der LINKEN.